



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTER FÜR
INNERES
Dr. Caspar EINEM

A-1014 Wien, Herrngasse 7
Tel. (+43)-1-53 126/2452
Telefax-Nr. 53 126-22 40
DVR: 0000051

Zl. 5.380/95-II/C/95

Wien, am 19. Mai 1995

An den
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz F I S C H E R

XIX. GP.-NR
831 /AB
1995 -05- 23

Parlament
1017 W i e n

ZU

908 18

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. STADLER und Kollegen haben am 4. April 1995 unter der Nr. 908/J an den Bundesminister für Inneres eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Ermittlungen im Zusammenhang mit den Bombenanschlägen 'in der falschen Etage'" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- " 1. Aufgrund welcher Rechtsgrundlage wird der kommunistische dominierte Privatverein DÖW bei den Ermittlungen gegen mißliebige Andersdenkende und offenkundig unbescholtene Mitbürger "in der falschen Etage" tätig?
2. Welche konkrete Tatverdacht - außer den lächerlichen hanebüchernen Kausalkonstruktionen des DÖW - liegen gegen die Abonnenten der Zeitschrift "Aula" als Grundlage für Einvernahmen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen vor?
3. In welchen weiteren Verfahren wirkt der kommunistische dominierte Privatverein DÖW noch mit?
4. Welche personenbezogenen Daten und welche Ermittlungsdaten werden dem kommunistische dominierten Privatverein durch die Ermittlungsbehörden, in welchen die fragwürdige Unterstützung des DÖW in Anspruch genommen wird, zur Verfügung gestellt.
5. Was gedenken Sie gegen die Abonnenten von Tageszeitungen zu unternehmen, welche ebenfalls über die Salzburger Landesausstellung zum Thema "Bajuwaren" des Jahres 1988 zum Teil ausführlich berichtet haben?
6. Welche Ermittlungsschritte werden Sie gegen die Bezieher des Ausstellungskataloges der Doppelausstellung von Rosenheim und Mattsee bei Salzburg zum Thema "Bajuwaren" unternehmen,

./2

- 2 -

gegen welche mit Sicherheit ein ähnlicher Tatverdacht nach der Denklogik des DÖW vorliegen muß, wie gegen die Abonnenten der Zeitschrift "Aula", in der ebenfalls über die Ausstellung berichtet wurde?

7. Wie viele weitere Dienstposten werden Sie für diese umfangreichen und zahlreichen Bereich der Exekutive benötigen?
8. Wie beurteilen Sie die "Vorstellung" des Generaldirektors für die öffentliche Sicherheit, wonach die Staatspolizei bisher in der "falschen Etage" ermittelt habe?
9. Wie stehen Sie zu dervon Generaldirektor Mag. Sika offengelegten Motivation, wonach die bereits als falsch erkannte politische Zuordnung der Bombenattentate nur deshalb aufrecht erhalten wird, weil die Exekutive den daraus entstehenden Druck nicht aushalten würde?
10. Teilen Sie die Einschätzung Ihres Generaldirektors für öffentliche Sicherheit, daß von den wahren Tätern rassistische Motive nur vorgeschoben würden um die wahren politischen Hintergründe zu verschleiern
 - a) Wenn ja, warum wird diesbezüglich die Arbeitshypothese der Polizei nicht korrigiert?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
11. Wie erklären Sie sich den Umstand, daß Generaldirektor Mag. Sika nicht in der Lage ist auszuschließen, daß die Terroranschläge nur dazu dienen könnten, bewußt eine politische Gruppierung zu diskreditieren, die mit demokratischen Methoden offensichtlich nicht zu stoppen ist?
12. Welche ideologische Ausrichtung hat die von Generaldirektor Mag. Sika in dem bereits erwähnten Interview genannt "ideologische Ausbildung" der Beamten der EBT?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Bezüglich der tendenziösen Ausführungen über das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) in der Einleitung der Anfrage verweise ich zur Klarstellung auf die Antwort meines Vorgängers vom 25.1.1992 zur parlamentarischen Anfrage Nr. 7.027/J vom 26.11.1991.

Zu Frage 1:

Auch bei der Ausforschung der Briefbombenattentäter hat die Si-

./3

- 3 -

cherheitsexekutive dem gesetzlichen Auftrag, alle zur Aufklärung dienenden Maßnahmen zusetzen. Das DÖW wurde deshalb eingeschaltet, da diese Einrichtung über ein besonderes Fachwissen hinsichtlich Dokumentation und Auswertung von Schriftgut mit neonazistischem, rassistischen oder fremdenfeindlichen Inhalten besitzt.

Zu Frage 2:

Die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bezieherliste der Zeitschrift "AULA" erfolgten über gerichtlichen Auftrag. Im Zuge der sicherheitsbehördlichen Ermittlungen zu dem Briefbombenattentaten war festgestellt worden, daß die Verfasser der Bekennerstreifen wesentliche gedankliche und stilistische Elemente dieser Zeitschrift entommen haben dürften.

Zu Frage 3:

Über eine Inanspruchnahme des DÖW in anderen Verfahren ist mir nichts bekannt.

Zu Frage 4:

Es wird Ihnen bekannt sein, daß personenbezogene Daten besonderen gesetzliche Schutzbestimmungen unterliegen. Da meine Beamten nicht kontra legem handeln, werden dem DÖW auch keine personenbezogenen Daten übermittelt. Sonstige Ermittlungsergebnisse wurden nur in dem Ausmaß bekannt gegeben, als sie für das Tätigwerden des DÖW erforderlich waren.

Zu Frage 5:

Nichts.

./4

Zu Frage 6:

Keine.

Zu Frage 7:

Eine Beantwortung erübrigt sich, da die vorhergehende Frage negativ beantwortet wurde.

Zu den Fragen 8 bis 10:

Der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit hat mir berichtet, daß seine Antworten in dem Zeitungsinterview vielfach tendenziös und daher sinnentfremdet wiedergegeben worden seien. Er habe nie einen Zweifel an der rechtsradikalen Urheberschaft der Anschläge aufkommen lassen und zum Ausdruck gebracht, daß die Täter offensichtlich nicht in der landläufigen "Radauneonaziszene" zu suchen seien, sondern - 1 Etage höher - in intellektuellen rechtsradikalen Kreisen. Von einer als falsch erkannten politischen Zuordnung habe er daher ebensowenig gesprochen, wie von der Einschätzung, daß von den "wahren Tätern" rassistische Motive nur vorgeschoben würden, um die politischen Hintergründe zu verschleiern.

Zu Frage 11:

Die vorliegende Frage, die mit der Frage des Interviewers übereinstimme, sei - wie der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit mir berichtete - von ihm wegen ihres ausschließlich politisch tendenziösen Inhaltes nicht bzw. nur unbestimmt beantwortet worden.

./5

- 5 -

Zu Frage 12:

Der Besuch des Lagers Mauthausen gehört als Fixpunkt zur Ausbildung in Zeitgeschichte, um den Beamten die Werte der Demokratie näher zu bringen und sie gegen alle extremen politischen Strömungen zu sensibilisieren.

